
Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums*

Egon Matzner

1. Fragestellungen

Arbeitslosigkeit, Produktionsrückgang und Inflation, die seit 1974 wichtige marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften kennzeichnen, haben deutlich vor Augen geführt, welche Folgen mit dem noch vor kurzem propagierten »Nullwachstum« in wachstumsorientierten Systemen kapitalistischer Prägung verbunden sind. H. Ostleitner hat in diesem Zusammenhang überzeugend nachgewiesen, daß »Nullwachstum« zu einem drastischen Fall der Gewinne führt.¹ Eine solche Konsequenz läßt jede Forderung nach »Nullwachstum« zu einer politischen Naivität werden. »*Kein Staat im Kapitalismus könnte ein »Nullwachstum« des ökonomischen Systems politisch durchsetzen*« (S. 26), lautet seine lapidare und zugleich jede Wandlungsfähigkeit negierende Schlußfolgerung.

Dennoch bleibt das Mißbehagen an einer ungezügelten Wirtschaftsexpansion, vor allem an deren negativen Folgeproblemen, bestehen. Das Postulat des »Nullwachstums« wird von einsichtigeren Sozialwissenschaftlern und Gesellschaftskritikern durch die Forderung nach »qualitativem« oder »organischem« Wachstum abgelöst. Gemeint ist damit eine wirtschaftliche Entwicklung, die wirtschaftliches Wachstum zügelt: den Minimalvorstellungen zufolge sollen die negativen gesellschaftlichen Folgen vermieden werden, einem Maximalprogramm nach, das etwa von R. Dahrendorf vertreten wird, soll das wirtschaftliche Wachstum mit den Bemühungen um eine »Rekonstruktion des sozialen Lebens der Menschen« in Einklang stehen.²

Zwei Fragen sollen in diesem Zusammenhang beantwortet werden:

* Für kritische Hinweise dankt der Verfasser A. Guger, K. Laski, M. Szécsi und H. Ostleitner.

1. Was sind die wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Folgen eines drastischen Rückganges des Wirtschaftswachstums (z. B. einer permanenten Halbierung des durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Produktionswachstums)? »Nullwachstum« wird dabei als Grenzfall aufgefaßt, bei dem die aufgezeigten Zusammenhänge in voller Ausprägung wirksam werden.

2. Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen ein drastischer und fortdauernder Wachstumsrückgang ohne Gefährdung wesentlicher Prinzipien einer Gesellschaft österreichischen Typus möglich sind? Zu diesen Prinzipien zählen die individuellen Freiheitsrechte im geistig-kulturellen Bereich, die politischen Grundrechte und die Möglichkeit zu dezentralen Initiativen im wirtschaftlichen Bereich.

2. Kurze Charakteristik des marktwirtschaftlichen Systems

Das wirtschaftliche System, das im Mittelpunkt der Betrachtung steht, ist durch folgende *Basisinstitutionen* und eine entsprechende *ökonomische Grundstruktur* gekennzeichnet.³

Ökonomische Basisinstitutionen

1. Die *Existenz der Arbeitskraft als Ware*, gesichert durch das Rechtsinstitut des freien Arbeitsvertrages, der die Preisgabe der individuellen Selbstbestimmung des Arbeiters (Angestellten) während eines wesentlichen Teiles seines Lebens gegen Lohn (»Kontrakteinkommen«) festlegt.

2. Das *Recht zu privater Disposition* über Kapital (Produktionsmittel), die auf private Kapitalrentabilität, gemessen als Profitrate (= Verhältnis Gewinn zu eingesetztem Kapital) ausgerichtet ist. Das Rechtsinstitut Privateigentum an Produktionsmitteln ist die Grundlage des Gewinns (»Residualeinkommen«).

3. Der *öffentliche Sektor* (aufgefaßt als Gesamtheit der Gebietskörperschaften), der die Aufgabe hat, den Bestand der zwei erstgenannten Basisinstitutionen sowie die ökonomische Grundstruktur (siehe weiter unten) zu sichern. Diese Aufgabenstellung schließt nicht aus, daß in der politischen Realität das Recht des freien Arbeitsvertrages und vor allem das diesem entsprechende Koalitionsrecht, wo möglich, beseitigt wurden und werden.

Die ökonomische Grundstruktur

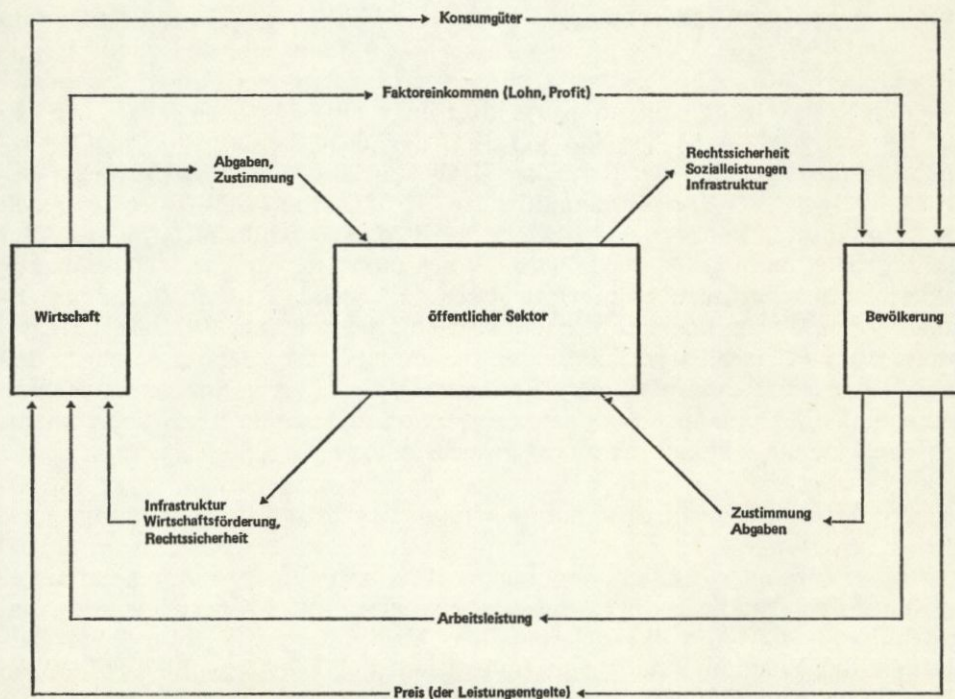
Sie besteht aus dem *Preis-* und dem *Mengensystem*.

Das *Preissystem* ist durch die Höhe und das Verhältnis der Preise festgelegt, die, an Profitabilität orientiert, am Markt entstehen. Das Preissystem sichert nach Auffassung der ökonomischen Klassik (A. Smith) gesellschaftliche Harmonie und der Neoklassik (L. Walras) Optimalität der Allokation von Produktionsfaktoren und Konsumgütern. Es ist hingegen nach K. Marx und J. M. Keynes durch Anarchie⁴, die zu fundamentaler Instabilität führt, gekennzeichnet.

Das *Mengensystem* ist festgelegt erstens durch den Zusammenhang zwischen an Profitabilität orientierten Investitionen und Auslastungsgrad und zweitens durch Umfang und Zusammensetzung der Produktion.

Die in Westeuropa vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse werden zweifellos durch die hier in Anlehnung an Vogt und Mitarbeiter skizzierten Basisinstitutionen und entsprechende ökonomische Grundstrukturen hinreichend gekennzeichnet. In allen diesen Ländern kommt es zu einer zumindest über längere Perioden geglückten »Verstaatlichung des Mengensystems«: Investitionstätigkeit und Auslastungsgrad werden weitgehend politisch, das heißt über den öffentlichen Sektor, festgelegt, zumindest aber weitreichend beeinflusst. Es kommt ferner zu partiellen Interventionen ins Preissystem (etwa im Bereich der Landwirtschaft, der Nahrungsmittel, der Roh- und Energiestoffe). Der öffentliche Sektor schafft ferner durch Sozialleistungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Expansion die für die gesellschaftliche Stabilität notwendige Zufriedenheit der bei Wahlen den Ausschlag gebenden Bevölkerungsgruppen. Für Österreich ist darüber hinaus kennzeichnend, daß die politischen Prozesse, welche Basisinstitutionen, ökonomische Grundstruktur und Massenloyalität im Sinne einer gesellschaftlichen Stabilisierung beeinflussen, durch ein spezifisches System des Interessenausgleiches, die »Sozialpartnerschaft«, in zunehmendem Maß bestimmt wird.⁵

Ein politisch-ökonomisches Kreislaufmodell



In Anlehnung an die ökonomische Kreislauftheorie und das politische Kreislaufmodell von C. Offe — J. Habermas⁶ lassen sich die Basisinstitutionen wie ökonomische Grundstruktur widerspiegelnden Zusammenhänge in folgendem einfachen politisch-ökonomischen Kreislaufmodell wiedergeben. Dabei ist das Modell des Kreislaufs nicht im Sinne der »Wiederkehr des Ewiggleichen« zu verstehen, sondern als eine Wechselbeziehung, die auch qualitativen Wandel erlaubt.

3. Voraussetzungen und Folgen eines Wachstumsrückganges

Annahmen

Ein drastischer Rückgang der Wachstumsrate, wie er teils prophezeit, teils naiv gefordert wird, setzt bei konstantem Kapitalkoeffizienten (definiert als Kapitaleinsatz zu Produktionsergebnis) eine lineare Verringerung der volkswirtschaftlichen Investitionsquote voraus. Die realwirtschaftliche Konsequenz einer Wachstumsverlangsamung ist die Einschränkung der Erzeugung von Investitionsgütern.

Die Annahme der Konstanz des Kapitalkoeffizienten, einer überwiegend technologisch bestimmten Größe, wurde deshalb gewählt, weil in der Vergangenheit kein eindeutiger Trend zu einem Sinken oder Steigen zu erkennen war. Es ist offensichtlich, daß bei einem Sinken des Kapitalkoeffizienten eine Wachstumsdrosselung nur durch einen stärker als linearen Rückgang der Investitionsquote herbeigeführt werden könnte. Bei steigendem Kapitalkoeffizienten hingegen könnte ein verringertes Wachstumstempo durch ein weniger als lineares Sinken der Investitionsquote eingeleitet werden. Für ein Steigen des Kapitalkoeffizienten wird bisweilen ein erhöhter Kapitaleinsatz zur »Verringerung von Umweltschäden« — eine Vorstellung, die im Kern allerdings ein »Mythos« ist (vgl. S. 46 weiter unten) — ins Treffen geführt, der durch eine rigorose Gesetzgebung durchgesetzt werden sollte. Dabei ist zumindest zweierlei zu berücksichtigen: 1. »Umweltfreundlichere« Produktion erhöht nicht nur den Kapitaleinsatz, sondern verbessert auch das Produktionsergebnis und schlägt sich damit in einer höheren Wertschöpfung nieder. 2. Technischer Fortschritt kann auch beim Umweltschutz kapitalsparende Form annehmen. Zum Wesen des technischen Fortschritts, der auch für den Fall gedrosselten Wirtschaftswachstums angenommen wird, gehört es eben, daß man über seine Zukunft nichts Bestimmtes aussagen kann.⁷ Auch deshalb erscheint die Konstanzannahme, wenn schon nicht theoretisch begründbar, so doch mangels etwas Besserem gerechtfertigt.

Wirkungen auf Profitsumme, Produktivität und Beschäftigung

Eine Verringerung der Wachstumsrate durch Einschränkung der Investitionsgüterproduktion hat, wie eingangs erwähnt, schwerwiegende Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Profitsumme. Während bei Ostleitner der Zusammenhang von Investitionen, Wachstum und Profiten an Hand der Verteilungsfunktion von N. Kaldor aufgezeigt wird, soll im

folgenden der Nachweis mit Hilfe der Analyse der Konten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erbracht werden, wie sie von M. Kalecki vorgenommen wurde.⁸ Danach entsprechen die Brutto-Profite in einer offenen Volkswirtschaft der Summe aus Brutto-Investitionen, dem Konsum aus Profiten, dem Defizit des öffentlichen Sektors, dem Saldo aus Exporten minus Importen, vermindert um die Ersparnisse aus Löhnen und Gehältern. (Als Brutto-Profite werden die Profite vor Vornahme der Abschreibungen bezeichnet.) Das ergibt sich aus der Betrachtung des Zusammenhanges zwischen der Verteilungs- und Verwendungsseite des Brutto-Nationalproduktes:

+ Brutto-Profite (nach Besteuerung)	+ Brutto-Investitionen
+ Löhne und Gehälter (nach Besteuerung)	+ Konsum aus Löhnen u. Gehältern
+ Profit- und Lohnsteuer	+ Konsum aus Profiten
	+ öffentliche Ausgaben
	(+ — 0) Saldo des Außenhandels
Brutto-Nationalprodukt (Verteilungsseite)	Brutto-Nationalprodukt (Verwendungsseite)

Daraus folgt für die Brutto-Profite bei ausgeglichenem Außenhandel der Wert:

$$\begin{aligned}
 \text{Brutto-Profite} &= \text{Brutto-Investitionen} \\
 (\text{nach Besteuerung}) & \\
 &+ \text{Konsum aus Profiten} \\
 &+ \text{Defizit des öffentlichen Sektors} \\
 &- \text{Ersparnis aus Löhnen und Gehältern}
 \end{aligned}$$

Jede Einschränkung der Investitionsgüterproduktion führt folglich zu einem Sinken der Profitsumme.

Die Wirkungen auf die Beschäftigung wären ähnlich dramatisch: Die Beschäftigung wird durch Entlassungen im Investitionsgütersektor sinken. Da die Netto-Investitionstätigkeit zumindest zwei Drittel der gesamten Investitionstätigkeit des profitorientierten Wirtschaftssektors ausmacht, ist der Beschäftigungsrückgang gewichtig. Er wird verstärkt durch die damit bedingte Verringerung der Konsumgüternachfrage.

Damit sind die negativen Beschäftigungseffekte noch nicht erschöpfend dargestellt. Bei Auftreten von technischem Fortschritt — warum sollte er in Zukunft denn ausbleiben? — und der angenommenen Konstanz des Kapitalkoeffizienten setzt sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität völlig unabhängig von einer Drosselung der Investitionstätigkeit im gleichen Tempo fort.⁹ Das bedeutet aber bei dem postulierten Rückgang der Wachstumsrate des BNP, daß die Beschäftigungsprobleme, auf längere Sicht betrachtet, die Tendenz haben, sich weiter zu verschärfen.

Da die Profite eine Schlüsselgröße des Wirtschaftssystems sind, gibt es einen »Schwellenwert«, bei dessen Unterschreiten die Kapitaleigentümer und deren Vertreter nicht mehr bereit sind, die Produktion zu organisieren. Lange vor Erreichen des »Schwellenwertes« entsteht in der Regel ein heftiger politischer Widerstand der Kapitaleigentümer und der mit diesen assoziierten oder sich assoziierenden gesellschaftlichen Gruppen, der von der politischen »Defensive« (z. B. Investitionsstreik, Kapitalflucht) bis zur politischen »Offensive« (z. B. Ausschaltung der politischen Grundrechte, Faschismus) als (vermeintliche) Voraussetzung zur Sicherung der Profitabilität reichen kann.

Ein Rückgang der Beschäftigung, wie er unter der unterstellten Annahme eines konstanten Kapitalkoeffizienten zwingend folgt, kann von den politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen nicht akzeptiert werden, zumindest nicht auf längere Zeit. Deshalb ist starker politischer Widerstand gegen eine Drosselung des Wirtschaftswachstums ohne angemessene institutionelle Vorkehrungen unausweichlich.

Danach weisen deutliche Anzeichen auf eine hohe Wahrscheinlichkeit einer akuten Krise des gesamten gesellschaftlichen und politischen Systems. Wer angesichts dieser Alarmzeichen, die auf menschliches Leid hinweisen, als Sozialwissenschaftler für Nullwachstum oder eine drastische Reduzierung des Wirtschaftswachstums eintritt, ohne auf die gesellschaftlichen Folgen und politischen Gefahren hinzuweisen oder, besser, ohne ausreichende institutionelle Maßnahmen vorzuschlagen, handelt deshalb nicht nur politisch naiv, sondern auch in höchstem Maße verantwortungslos.

Deshalb sollen nun die bei Wachstumsreduzierung und Investitionseinschränkung gegebenen Möglichkeiten für eine kompensatorische Intervention des öffentlichen Sektors aufgezeigt werden.

4. Kompensatorische Intervention des öffentlichen Sektors

Ein einfaches Kreislaufmodell

Die gesamtwirtschaftliche Produktion kann für die folgenden Überlegungen unter der Annahme eines ausgeglichenen Außenhandels nach dem Verwendungszweck des Endproduktes als in vier Abteilungen entstanden vorgestellt werden: Abteilung I erzeugt Investitionsgüter, Abteilung II erzeugt Güter und Leistungen für den öffentlichen Sektor. Die verbleibenden Sektoren liefern Konsumgüter: die der Abteilung III werden aus Profiten, jene der Abteilung IV aus Löhnen und Gehältern gekauft. Wenn davon ausgegangen wird, daß jede Steuer letztlich aus der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung aufgebracht werden muß und demnach zu Lasten des Lohn- oder des Gewinnanteiles geht, dann setzt sich die Nettowertschöpfung jeder Abteilung aus den Löhnen nach Besteuerung (L), der Lohnsteuer (T_L), den Brutto-Profiten nach Besteuerung (P) und der Profitsteuer (T_P) zusammen. Bezeichnet man die Endprodukte

Investitionsgüter (netto) mit I^n , die Ersatzinvestitionen mit I^D (I^D bezeichnet die Abschreibungen), Konsumgüter der Residualeinkommenbezieher als C_K , die Produktion für den öffentlichen Sektor mit G und die Konsumgüter für Kontrakteinkommensbezieher mit C_A und kennzeichnet die Herkunft der Einkommen nach den Abteilungen I bis IV, so erhält man folgende Beziehungen zwischen der Einkommens- und der Verwendungsseite des Brutto-Sozialproduktes (Y^b) (die tiefgestellten Zahlen bezeichnen die Abteilung):

$$\begin{array}{lcl}
 \text{Abteilung I:} & L_1 + T_{L1} + P_1 + T_{P1} & = I^n + I^D \\
 \text{Abteilung II:} & L_2 + T_{L2} + P_2 + T_{P2} & = G \\
 \text{Abteilung III:} & L_3 + T_{L3} + P_3 + T_{P3} & = C_K \\
 \text{Abteilung IV:} & L_4 + T_{L4} + P_4 + T_{P4} & = C_A \\
 \hline
 & L + T_L + P + T_P & = Y^b
 \end{array}$$

Eine Verringerung der Produktion von Investitionsgütern zur Anlagenerweiterung (I^n), die die oben aufgezeigten negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen vermeidet, kann deshalb, wenn von einem kompensatorischen Investitionsgüterexport abgesehen wird, theoretisch durch eine Erhöhung der Produktion für den öffentlichen Sektor, für Konsumgüter für Kapitalbesitzer oder für Arbeiter und Angestellte ausgeglichen werden. Da die Konsummöglichkeiten der zumeist bereits über hohe Einkommen verfügenden Kapitalbesitzer beschränkt sind, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter jedoch zu Lasten des Profitanteils und damit der nicht beliebig reduzierbaren Profitrate geht, bleibt als Ausweg im wesentlichen lediglich eine Kompensation durch Mehrproduktion für den öffentlichen Sektor (ΔG) offen.

Dabei ergeben sich unterschiedliche wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Folgen, je nachdem, welche Finanzierungsweise gewählt wird. Grundsätzlich sind drei Finanzierungsvarianten möglich, nämlich die Finanzierung aus 1. der Profitsteuer, 2. der Lohnsteuer oder 3. durch Staatsanleihen (Notenbankkredit) gedeckte Budgetdefizite. Selbstverständlich sind Mischfinanzierungen ebenfalls möglich, deren Folgen sich dann nach den Finanzierungsanteilen richten. Dabei ist zu beachten, daß bei Steuerfinanzierung in jedem Fall den nachfragestärkenden Wirkungen der Mehrausgaben kontraktive Entzugseffekte der Steuermehreinnahmen gegenüberstehen. Der Saldo ergibt deshalb eine lediglich geringfügige expansive Wirkung, die in der ökonomischen Theorie unter der Bezeichnung »Haavelmo-Effekt« bekannt ist.¹⁰

Wesentlich, weil einen qualitativen Sprung im gesellschaftlichen System markierend, ist jedoch, daß es durch diese Kompensation zu einer Veränderung der Entscheidungs- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft kommt: Während über die Investitionen von den Unternehmungen autonom entschieden werden kann, disponieren über die Aufträge des öffentlichen Sektors politische und administrative Instanzen. Nur wer ein rigider Anhänger der STAMOKAP-Theorie ist, kann darin keinen grundlegenden Wandel der Entscheidungsverhältnisse sehen.

Finanzierung aus Profiten

In diesem Fall fällt der tatsächliche Rückgang des Wachstumstemplos jedoch wegen des »Haavelmo-Effektes« geringer aus, als aus der ausschließlichen Betrachtung der quantitativen Einschränkung der Investitionsgüterproduktion (Investitionsmultiplikator) gefolgert werden könnte. Die Beschäftigungslage bleibt unverändert. Profite (und Profitrate) vor Steuererhöhung bleiben gleich, was aus der nachstehenden definitorischen Beziehung (Δ steht für Zuwachs) hervorgeht:

$$P - \Delta P + T_P + \Delta T_P = (I^D + I^n - \Delta I^n) + C_K + G + \Delta G,$$

wobei $\Delta I^n = \Delta G = \Delta T_P$.

Profite und Profitrate nach Besteuerung gehen jedoch zurück.

Die gesellschaftlich-politischen Folgen sind naheliegend: Der Wachstumsrückgang erhöht das Konfliktpotential und schmälert die Vertrauensbasis des Systems. Die Umstellung der Produktion von Investitionsgütern auf Produktion für öffentliche Güter ist ohne Beschäftigungsverlagerung nicht möglich und erzeugt deshalb einen »Umstellungswiderstand«. Das Fallen der Bruttoprofite (nach Besteuerung) wird auf den Widerstand der Unternehmungen stoßen, noch mehr jedoch die Konsequenzen geänderter Entscheidungsverhältnisse. Wenngleich gegenüber der Variante ohne kompensatorische Intervention des öffentlichen Sektors die offenkundigen Krisenerscheinungen (Arbeitslosigkeit, Sinken der Profite auch vor Besteuerung) nicht oder nur abgeschwächt auftreten, ist aus Gründen der gesellschaftlichen Machtverschiebung, die in der Geschichte noch selten ohne Widerstand vor sich gegangen ist, mit erhöhter politischer und gesellschaftlicher Instabilität zu rechnen.

Finanzierung aus Löhnen

Im Falle einer Finanzierung der kompensatorischen Mehrausgaben des öffentlichen Sektors aus einer Erhöhung der Lohnsteuer sind jedoch die Folgen weitaus schwerwiegender. Während eine Kompensation der eingeschränkten Investitionsgüterproduktion durch profitsteuerfinanzierte Mehrproduktion für den öffentlichen Sektor keine Auswirkungen auf die Konsumgüterproduktion hat, sinkt diese in der Abteilung IV wegen der auf Grund der Lohnsteuererhöhung reduzierten Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten. Deshalb ist das BNP geringer als bei Finanzierung der Mehrausgaben aus Profiten, die Beschäftigungskrise ist wegen des Nachfrageausfalls in Abteilung IV ebenfalls ernster. Aus demselben Grund sind Profitanteil (und Profitrate) geringer: er sinkt zugunsten des Staatsanteils, was aus folgenden Überlegungen hervorgeht: Die Summe aus den Profiten aller Abteilungen und der Summe der Lohn- und Profitsteuern entspricht der Summe der Produktion der Abteilungen I, II und III vermindert um I^D . Erhöht sich nun die Produktion für den öffentlichen Sektor und wird diese aus Steuern finanziert, so sinkt die Profitsumme, weil

$$P + T_L + T_P = I^n + G + C_K$$

Wenn die Summe aus I^n , G und C_K , wie angenommen, gleichbleiben soll, ferner ΔG aus ΔT_L finanziert wird, so bedeutet dies, daß P sinken muß. Dasselbe gilt, wenn I^n bei »Nullwachstum« auf Null reduziert wird.

Die oben angestellten Überlegungen über die Verschiebung der Entscheidungsverhältnisse bleiben aufrecht. Freilich wird das Produkt, um das zwischen politisch-administrativen Instanzen und den Unternehmern verhandelt wird, der Disposition der Arbeiter und Angestellten entzogen.

Alle weiter oben aufgezeigten Konfliktursachen treten somit bei Lohnsteuerfinanzierung der kompensatorischen Mehrproduktion für den öffentlichen Sektor verstärkt auf.

Finanzierung durch öffentliche Anleihen (deficit-spending)

Bei Finanzierung der kompensatorischen Mehrausgaben des öffentlichen Sektors aus dem Erlös des Verkaufs von Staatspapieren kommt es zu einem Transfer von liquiden Mitteln, die nicht konsumiert werden, an den öffentlichen Sektor. Es ist realistisch, anzunehmen, daß dieser Transfer aktiv in erster Linie die traditionellen Investoren betreffen wird, die ja durch die Einschränkung der Investitionsgüterproduktion in ihrer Anlagemöglichkeit eingeengt werden. Folglich kommt es zu keiner Restriktion bei Produktion und Beschäftigung in den Abteilungen III und IV, jedoch zu der gewünschten Mehrproduktion und Mehrbeschäftigung in Abteilung II.

Die Folgen für die Höhe von BNP und Beschäftigung gleichen deshalb jenen bei Profitbesteuerung. Hingegen bleiben die Profite vor und nach Besteuerung gleich. Die Profitrate steigt sogar, weil einer gleichbleibenden Profitsumme ein gegenüber einer Volkswirtschaft ohne Wachstumsreduzierung und positiven Nettoinvestitionen kleinerer Kapitalstock gegenübersteht. Die Entscheidungsverhältnisse verändern sich wie zuvor zu Ungunsten der Unternehmungen. Von Vorteil ist jedoch für die Kapitaleigentümer, daß ihr geringerer Realvermögenszuwachs zum Großteil durch staatliche Wertpapiere ersetzt wird.

Die politisch-gesellschaftlichen Folgen dieser kompensatorischen Intervention sind deshalb vergleichsweise am wenigsten konfliktträchtig. Was übrigbleibt, sind die verringerte Loyalitätsbindungskraft des gebremsten Einkommenswachstums, der Umstellungswiderstand bei Arbeitern und Unternehmern und — vor allem — der Widerstand von Unternehmer und Manager gegen ihr geschmälertes Dispositionspouvoir.

In allen drei Varianten müssen bei der Konzeption einer kompensatorischen Intervention die Beschäftigungsfolgen des fortdauernden Zuwachses der Arbeitsproduktivität berücksichtigt werden. Der aus diesem Grund drohende Beschäftigungsrückgang kann durch eine Arbeitszeitverkürzung verhindert werden, ohne daß sich dadurch ein Druck auf die Profite ergeben würde.

5. Demokratiegemäße gesellschaftliche Bedingungen

Angesichts dieser auf der Grundlage der modernen Kreislauftheorie, historischer Erfahrung, aber auch politischer Spekulation abgeleiteten ge-

sellschaftlichen Folgen einer drastischen und andauernden Wachstumsreduzierung spräche »Wirklichkeitssinn« dafür, von jeglicher Forderung nach Wachstumsverlangsamung Abstand zu nehmen.

Die nachstehenden Überlegungen lassen sich jedoch von »Möglichkeitssinn« leiten:

1. Die Folgen eines Eintreffens der in Szenarien für den Club of Rome, von R. Heilbrunner u. a.¹¹ beschriebenen Krisen wären so katastrophal, daß selbst eine geringe Trefferwahrscheinlichkeit eine unveränderte Wachstumspolitik als verantwortungslos erscheinen läßt.

2. Selbst ohne Öko-Katastrophe läßt fortgesetztes ungezügelter Wachstum negative gesellschaftliche Folgen (z. B. neue Armut der verschiedenen Formen) erwarten.

3. Der Wirtschaftsprozess, dessen entropische Charakter von N. Georgescu-Roegen entdeckt und in seiner ganzen Bedeutung bloßgelegt¹² wird, stößt an Grenzen in Form von Vorräten an niedriger Entropie (z. B. Energieträger, industrielle Rohstoffe, wichtige Mineralien). Auch durch technische Fortschritte können diese nicht grundlegend hinausgeschoben werden, weil durch deren Anwendung auf Grund des Zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik wiederum niedrigere in höhere Entropie umgewandelt wird. Ähnliches gilt für die Umweltproblematik: Abfälle, auch in Form von Giften, sind eine unausweichliche Folge des Industriesystems und können ebenfalls naturgesetzlich nicht, um in einem Bild zu sprechen, in Nichts aufgelöst werden. Das Marktsystem ist aber außerstande, jene Preissignale zu setzen, die den ökonomischen Folgen des Entropie-Problems gerecht werden. Es gibt keinen Markt für »Zukunftsgüter« (D. M. Nuti, S. 365), weil die zukünftigen Generationen, die auf diesem kaufen müßten, noch nicht existieren (N. Georgescu-Roegen, 1975, S. 374). Als Folge davon sind alle Preise begrenzter Ressourcen notorisch zu niedrig.

4. Nicht zuletzt gebieten die Würde des Menschen und damit der Respekt vor den Mitmenschen, auch der noch nicht geborenen, eine »Rekonstruktion der gesellschaftlichen Bedingungen des menschlichen Lebens«, die sich nicht ausschließlich von den Existenzbedingungen der gegenwärtigen ökonomischen Basisinstitutionen und den Expansionsvoraussetzungen der Gütererzeugung leiten lassen.

Wenn eine angemessene kompensatorische Intervention des öffentlichen Sektors die gesellschaftlichen und politischen Folgen einer Wachstumsverlangsamung mildern sollen, so dürften damit auch im günstigen Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit Gefahren für die gegenwärtigen demokratischen Institutionen verbunden sein. Da in jedem Fall das Konfliktpotential zunimmt, weil Erwartungen enttäuscht, Machtpositionen aufgegeben oder geteilt werden müssen, kann damit gerechnet werden, daß Widerstand entsteht, der seinerseits wiederum einen Disziplinierungstrend erzeugt und umgekehrt. Wachsen dürfte deshalb die Gefahr eines verstärkten Einflusses der bürokratischen Apparate, die Entscheidungen fällen und Kontrolle ausüben: also des Staatsapparates, unter österreichischen Bedingungen der »Sozialpartner«. Wer davon ausgeht, daß die Handlungen und deshalb auch Kontrollmaßnahmen der Interessenvertretungen und politischen Parteien weitgehend einer aktiven Legitimation er-

mangeln, Legitimation bereits heute vielfach bloß durch Duldung gewährt erscheint, kann deshalb den Folgen einer selbst ökonomisch angemessen parierten Wachstumsverlangsamung nicht ohne Besorgnis entgegensehen.

Es gilt somit, die Gefahren einer Verhärtung autoritärer Tendenzen, die bürokratischen Apparaten immer innewohnen, zu vermindern. Als eine notwendige Voraussetzung hierfür erscheint ein offensiver, vorbeugender Ausbau der demokratischen Institutionen.

Folgende präventative Maßnahmen erscheinen geboten:

1. Verstärkung der aktiven demokratischen Legitimation der bestehenden Institutionen (Parteien, Interessenvertretungen, Mitbestimmungsgremien u. ä.).

2. Ausdehnung des Bereiches der »Kontrakteinkommen« durch »kontraktgemäße« Verwendung von Profiten. Die Verfügungsgewalt über Kapital ist durch verschiedene Maßnahmen zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Beispiele: Gewährung von steuerlich begünstigten Investitionen und Rücklagen nur für prioritierte und kontrollierbare Verwendungszwecke; für Ausgaben ab einer bestimmten Höhe wäre das Einvernehmen mit Betriebsrat oder Gewerkschaft herzustellen. Auch R. Dahrendorfs neues liberales Credo sieht für eine »Ökonomie des Haushaltens« Regeln vor, die sowohl die private Verfügung über Gewinne als auch die uneingeschränkte Tarifhoheit begrenzen.

Dadurch dürfte die strategische Steuerungsfunktion der Profitrate abgeschwächt und die Beeinflußbarkeit der Verwendungsstruktur des Bruttonationalproduktes verbessert werden, Faktoren, die heute noch vielen gesellschaftlich erwünschten Reformen (z. B. im Verkehrswesen, in der Regionalplanung) enge Grenzen setzen. Es ist selbstverständlich, daß dadurch die soziale Stellung von Unternehmern und Managern verändert wird: sie werden gleichsam vorrangig zu Produktivitäts- und Rationalisierungsbevollmächtigten einer in höherem Maße als heute durch politische Prozesse denn durch profitgesteuertes Laissez faire »passierten« volkswirtschaftlichen und regionalen Produktionsstruktur.

3. Als Verhandlungsgegenstände wären zu unterscheiden:

- a) Fundamentalentscheidungen: Höhe von öffentlichen Ausgaben, ihre Zusammensetzung und regionale Verteilung; Höhe der Investitionen, ihre Zusammensetzung und regionale Verteilung; Höhe der Einkommen, also neben Löhnen auch Managereinkommen und in zunehmendem Maß Residualeinkommen, wobei darauf zu achten wäre, daß eine Problematisierung der Einkommensunterschiede nicht zu unersetzlichen Leistungseinbußen führt; Arbeitsumwelt usw.
- b) Marginalentscheidungen mit Routinecharakter: sie sind wie bisher zu fällen.

4. Als Verhandlungsberechtigte sind, nach Maßgabe des zu entscheidenden Problems, vorzusehen: die politischen und administrativen Repräsentanten der Gebietskörperschaften, die Unternehmensleitungen, die Betriebsräte und deren Interessenvertretungen sowie Repräsentanten von Betroffenen (z. B. Konsumenten) und wissenschaftliche Beratungsgremien. Es ist offensichtlich, daß ein solches Verfahren auf Konfliktlösungen im Konsenswege hinausläuft.

J. A. Schumpeter hat bereits vor mehr als 30 Jahren eine Entwicklung beschrieben, die der hier skizzierten gleicht.¹³ »Für die Unternehmer würde nichts mehr zu tun übrigbleiben« (S. 213), ist sein Fazit. »Die Leitung von Industrie und Handel würde eine Sache der gewöhnlichen Verwaltung, und das Personal würde unvermeidlich die Characteristica einer Bürokratie annehmen.« (S. 213 f.) Zweifellos würde der Schumpetersche Pionier-Unternehmer in einer Wirtschaft mit gebremstem Wachstum viel von seiner Funktion verlieren. Seine Aufgabe als gesellschaftlicher Sachwalter des Produktivitätsfortschrittes ist aber unter den geänderten Verhältnissen ebenso wichtig und gesellschaftlich sinnvoll wie als »schöpferischer Zerstörer« während der Hochzeiten kapitalistischer Dynamik. »Beinahe automatisch entstünde ein Sozialismus eines sehr gemäßigten Typs«, schreibt Schumpeter weiter (S. 214). Eine solche »Automatik« der Entwicklung zum Sozialismus selbst gemäßigten Typs kann heute, nach dreißig Jahren zusätzlicher historischer Erfahrung, zweifellos als unzutreffend bezeichnet werden.

6. Probleme und Entwicklungschancen

Diese gesellschaftlichen Bedingungen sollten die Gewähr dafür bieten, daß drastische und langandauernde Wachstumseinbußen ohne Demontage der demokratischen Institutionen absorbiert werden können. Eine Entwicklung in der hier vorgeschlagenen Richtung ist selbstverständlich nicht frei von zum Teil beträchtlichen Problemen. Einige davon seien erwähnt:

- Die Schwächung der Steuerungsfunktion der Profitrate wirft das Problem der Abstimmung von Mikroplänen auf.
- Interessenskonflikte werden aufgedeckt: an Konflikt- und Konsensbereitschaft werden höhere Anforderungen gestellt.
- Das Tempo der Entscheidungsfindung dürfte abnehmen.
- Negative Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität müssen aus diesem Grund nicht notwendigerweise eintreten, sind jedoch nicht unwahrscheinlich, bei der postulierten Wachstumsverlangsamung aber durchaus zielkonform. Ihnen steht überdies der fortgesetzte Zuwachs der Arbeitsproduktivität auf Grund des technischen Fortschrittes gegenüber.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß einem Alleingang eines einzigen Landes, noch dazu eines kleinen Landes wie Österreich, bei der bewußten Drosselung des Wirtschaftswachstums schon wegen des Außenhandelszusammenhanges, aber auch wegen der Abwanderung von Spitzenkräften nach Ländern mit besseren Berufs- und Lebenschancen, enge Grenzen gesetzt sind. Die hier vorgeschlagene Reform der Entscheidungsverhältnisse ist deshalb vor allem für jene Fälle von Bedeutung, in denen internationale Schocks eine Wachstumsdrosselung erzwingen. Vorkehrungen für solche Fälle sollten jedoch zur rechten Zeit getroffen werden. Dies sollte besonders dann leichter sein, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen auch ohne von außen auferlegte Wachstumsverlangsamung in Einklang mit wesentlichen humanistischen, demokratisch-liberalen und sozialistischen Traditionen stehen.

Die Veränderung der Entscheidungsverhältnisse durch Ersatz von Netto-Investitionen durch Mehrproduktion für den öffentlichen Sektor mit möglicher Verstärkung autoritärer Tendenzen, vor allem aber deren Ausschaltung durch eine Ausweitung und Vertiefung durch demokratisch kontrollierte Entscheidungsverfahren, stellt einen tiefgreifenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse dar. Soll eine solche Metamorphose, wie gewünscht, in demokratischen Bahnen vor sich gehen, so ist zweifellos eine Art »Sozialvertrag« zwischen den großen sozialen Gruppen notwendig, der, um nicht eine unverbindliche Formel zu bleiben, von der aktiven Zustimmung der Menschen getragen sein müßte.

Hohe Anforderungen werden folglich an Arbeiter, Unternehmer und an technische, wissenschaftliche und administrative Spitzenkräfte gestellt. Deshalb ist es notwendig, den Arbeitern zu sagen, was sie zu fordern und zu lernen haben. Den Unternehmern ist klarzumachen, daß sie zwischen großen und kleinen Verlusten, zwischen mehr autoritären oder mehr demokratischen Verhältnissen optieren können, aber auch, daß sie bei Fortentwicklung zur echten sozialen Partnerschaft noch immer eine wichtige und sinnvolle gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen haben. Die wissenschaftlichen, administrativen und technischen Experten schließlich sind zu fragen, ob sie ein Leben in einer Gesellschaft mit geringeren Unterschieden der Einkommen und Vermögen bei partizipativen Konfliktlösungsverfahren oder in einer Gesellschaft mit größeren sozialen Unterschieden, autoritärer Konfliktlösungsstrategie und deshalb größeren und schmerzhafteren sozialen Konflikten vorziehen.

Österreich gehört wahrscheinlich zu den wenigen Ländern, in denen durch leidvolle historische Erfahrung und eine jahrzehntelange Praxis der Kooperation zwischen den großen sozialen Gruppen für die hier vorgeschlagene Entwicklung bereits wichtige bewußtseinsmäßige und institutionelle Anknüpfungspunkte vorhanden sind. Die Existenz eines großen nicht-privaten Produktionssektors bildet wegen des Fehlens von Residualeinkommen und Vermögenszuwachsen, die Privaten automatisch zufließen, eine weitere dieser Reformstrategie in Österreich zugute kommende institutionelle Voraussetzung.

ANMERKUNGEN

- 1 H. Ostleitner, Wachstum und gesellschaftliche Stabilität, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Heft 1/1975, S. 15—32. Eine Krise befürchtet K. E. Boulding, *The Shadow of the Stationary State*, in: *DAEDALUS*, Fall 1973, S. 91—101; Arbeitslosigkeit erwarten B. M. Hudson and F. Sullivan, *Limited Growth, Problems of Full Employment, and the Viciousness of Easy Solutions*, in: *Socio-Economic Planning*, Vol. 8, 1974, S. 113—122.
- 2 R. Dahrendorf, *Ein neues liberales Credo*. Deutsche Version der Reith-Lectures, veröffentlicht in: *Die Zeit*, Nr. 53 (1974) und Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4 (1975).

- 3 In Weiterführung von P. Kalmbach, G. Müller, H. Neuendorff, U. Rödel, W. Vogt, Zwischenbericht zum Projekt »Ökonomische Krisentendenzen im Kapitalismus der Gegenwart«, vervielfältigtes Manuskript, Starnberg, Jänner 1974, S. 3.
- 4 D. M. Nuti, On the Rate of Return on Investment, in: *Kyklos*, Vol. XXVII, 1974, Fasc. 2, S. 365.
- 5 E. Matzner, Funktionen der Sozialpartnerschaft, in: H. Fischer (Hrsg.), *Das politische System Österreichs*, Wien 1974, S. 429—451.
- 6 Nach J. Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a. M. 1973, S. 15.
- 7 W. Vogt, Zur langfristigen Entwicklung eines kapitalistischen Systems, in: *Leviathan*, Heft 2, 1973, S. 170.
- 8 M. Kalecki, *Theorie der wirtschaftlichen Dynamik*, Wien 1967, S. 49—51.
- 9 Auf diesen Punkt hat mich K. Laski aufmerksam gemacht. Vgl. auch sein Buch *The Rate of Growth and the Rate of Interest in the Socialist Economy*, Wien 1972, insbesondere den Abschnitt »Types of Technological Progress«, S. 71—74.
- 10 T. Haavelmo, Multiplier Effect of a Balanced Budget, in: *Econometrica*, Vol. 13 (1945), S. 311—321.
- 11 Vgl. u. a. D. L. Meadows (et al), *The Limits to Growth*, New York 1972; *The No-Growth Society* mit Beiträgen aus zahlreichen Fachgebieten, in: *DAEDALUS*, Fall 1973; R. Heilbronner, *The Human Prospect*, in: *The New York Review of Books*, 24. 1. 1974; M. Mesarovic und E. Pestel, *Menschheit am Wendepunkt*, Stuttgart 1974.
- 12 N. Georgescu-Roegen, *The Entropy Law and Economic Processes*, Cambridge 1971. Vor allem: *Energy and Economic Myths*, in: *The Southern Economic Journal*, Vol. 41, No. 3, Jan. 1975, S. 347—381.
- 13 J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München 1950.